

## 3.9 Brandenburg in Europa, Europa in Brandenburg

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 Die Europäische Union ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, für Europa und ganz  
2 besonders auch für Brandenburg. Durch die EU-Osterweiterung 2004 ist Brandenburg von der Peripherie in  
3 die wirtschaftliche und gesellschaftliche Mitte des Kontinents gerutscht. Niemals zuvor in der Geschichte  
4 unseres Kontinents gab es eine vergleichbare Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und  
5 persönlichen Freiheit für alle und des relativen Wohlstands für viele. Dennoch steht Europa vor vielen  
6 Herausforderungen, die seinen Bestand als Staatenunion in Frage stellen. Im Vereinigten Königreich hat  
7 eine Mehrheit der Bürger\*innen für den Brexit gestimmt, in Ungarn, Polen, der Slowakei und mittlerweile  
8 auch in Italien machen die Regierungschefs Stimmung gegen die EU

9 Wir Brandenburger Bündnisgrünen können uns eine gute Zukunft für Brandenburg nur im Rahmen eines  
10 gemeinsamen Europas vorstellen. Weil Europa ein Erfolgsmodell ist, wollen wir es gegen Populist\*innen  
11 verteidigen. Natürlich sehen auch wir Defizite in der derzeitigen Verfasstheit des europäischen  
12 Staatenbündnisses – aber genau deshalb arbeiten wir auch mit aller Kraft daran, Europa  
13 weiterzuentwickeln. Wir haben konkrete Vorstellungen, was wir uns für Europa in Brandenburg und für  
14 Brandenburg in Europa wünschen.

### 15 **EU-Mittel für ein ökologisches und soziales Brandenburg einsetzen**

16 Für uns bedeutet die Förderung durch den Europäischen Strukturfonds nicht nur einen wesentlichen  
17 Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, sondern sie sind auch ein wichtiges Instrument  
18 um ein friedliches Miteinander innerhalb Europas zu sichern. Der Brexit führt jedoch zu einer deutlichen  
19 Kürzung der verfügbaren EU-Mittel. Damit ist für uns klar, dass wir keine Förderung für Brandenburg auf  
20 Kosten viel ärmerer Regionen in der EU verlangen werden. Es muss gelingen, den Haushalt der  
21 Europäischen Union für den Strukturfonds aufzustocken, ansonsten müssen zusätzliche Mittel aus dem  
22 bundesdeutschen Haushalt dafür zur Verfügung gestellt werden.

23 Die Europäische Union hat sich mit dem Übereinkommen von Paris dazu verpflichtet, der Klimakrise  
24 wirkungsvoll entgegen zu treten. Deshalb gilt: Europa muss auf dreckigen Kohlestrom verzichten. Wir  
25 fordern neben dem absolut notwendigen Ausstieg aus den Kohlekraftwerken ein zukunftsweisendes  
26 EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels, das auch unsere Lausitz begleitet. Der Ausstieg aus der  
27 Kohle ist eine gesamteuropäische Aufgabe und darf nicht alleine den Regionen überlassen werden.

28 Die Förderarchitektur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stellt mit rund 40 Prozent des Gesamtbudgets  
29 der Europäischen Union den zweitgrößten Posten im EU-Haushalt dar. Gefördert wird jedoch keine  
30 bäuerlich orientierte und naturverträgliche Landwirtschaft, sondern ein agroindustrieller Kurs auf Kosten  
31 von Umwelt, bäuerlichen Erzeuger\*innen, Verbraucher\*innen- und Tierschutz, der auch in Brandenburg  
32 deutlich spürbar ist. Das wollen wir ändern und die europäische Agrarwende einleiten. Vor allem kann  
33 Europa noch viel mehr für die Junglandwirt\*innen und Existenzgründungen in der Brandenburger  
34 Landwirtschaft tun.

### 35 **Mehr Europa in den Kommunen – und die Kommunen europäisch stärken**

36 Europa spielt für die Brandenburger\*innen eine immer stärkere Rolle, sowohl für die einzelnen  
37 Bürger\*innen, aber auch für Initiativen, Vereine, Kultur und Sport, für die kommunale Verwaltung und die  
38 Brandenburger Wirtschaft, von selbstständig Tätigen bis hin zum mittelständischen Unternehmen. Vor  
39 allem im Bereich der Europäischen Förderpolitik, aber auch bei Auswirkungen europäischer Richtlinien und

40 Verordnungen ist oft europapolitische Kompetenz oder wenigstens der Zugang zu Informationen gefordert.  
41 Hier sehen wir Grüne in Brandenburg starken Nachholbedarf – zu viele Möglichkeiten können nicht  
42 genutzt werden, die Expertise ist oft am falschen Ort.

43 Wir wollen deshalb zentrale Anlaufstellen, sogenannte „One-Stop-Shops“ für alle Fragen rund um  
44 Europäische Politik und Förderung einrichten. In Brüssel soll außerdem eine Informations- und  
45 Kontaktstelle für die Brandenburger Kommunen eingerichtet werden. Im Rahmen des Erasmus-Programms  
46 möchten wir einen Austausch für kommunale und regionale Mandatsträger\*innen in Brandenburg  
47 einführen.

#### 48 **Brücken und Verbindungen herstellen**

49 Durch den Großraum Berlin-Brandenburg führen entscheidende, paneuropäische Verkehrsachsen. Volle  
50 Autobahnen und anwachsender Auto- und LKW-Verkehr sprechen eine deutliche Sprache. Waren und  
51 Menschen kennen innerhalb Europas und vor allem zwischen Brandenburg und Polen keine Grenzen mehr.  
52 Trotzdem mangelt es an Zugverbindungen zwischen Brandenburg und Polen, an einer konkurrenzfähigen  
53 Schnellverkehrsverbindung auf der Schiene zwischen Berlin und den polnischen Großstädten und an  
54 einem konsequenten grenzüberschreitenden Verkehrskonzept.

55 Verständigung funktioniert vor allem dort, wo sich Menschen begegnen können. Daher wollen wir  
56 grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote weiter ausbauen. In den letzten Jahren sind hier bereits viele  
57 Fortschritte erreicht worden, es gibt aber noch immer viel zu tun. Dabei trägt ein attraktiver und faktisch  
58 gemeinsamer öffentlicher Personen- und Schienennahverkehr zu einem Zusammenwachsen der  
59 Ballungsgebiete und zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in einer integrierten  
60 Grenzregion bei und kann eine spürbare Abnahme des autogebundenen Individualverkehrs und der damit  
61 verbundenen Belastungen bewirken. (Schlüsselprojekt)

#### 62 **Gute Nachbarschaft mit unseren polnischen Nachbarn**

63 Die zwischenmenschliche Grenze zwischen Brandenburg und Polen ist gefühlt noch immer größer als  
64 diejenige, zwischen den westdeutschen Bundesländern und ihren jeweiligen Nachbarn. Polen hat die  
65 Gräueltaten der NS-Zeit in besonderem Ausmaß erlebt. Gleichzeitig ist die aktuelle Situation in Polen und  
66 vor allem die Politik der PiS-Nationalregierung in Warschau besorgniserregend. Beide lassen sich nicht  
67 mehr auf diesen geschichtlichen Hintergrund beziehen. Die gefühlte und tatsächliche Abkehr der  
68 PiS-Regierung von einigen europäischen Idealen und Werten, der zunehmende Nationalismus und das  
69 Erstarren von Xenophobie, Homophobie und religiösem Eifer in der polnischen Politik nehmen  
70 erschreckende Züge an.

71 Die Vergangenheit hat schon oft gezeigt: Europa wächst auch von unten. Hier gibt viele positive  
72 Entwicklungen: Menschen in den Grenzregionen wohnen immer öfter auf der jeweils anderen Seite. Täglich  
73 pendeln mittlerweile mehr als 1600 Pol\*innen nach Ost-Brandenburg und mehr als 2100 Pol\*innen nach  
74 Berlin und die Zahlen steigen stetig an. Pol\*innen sind die mit Abstand häufigsten Ehepartner\*innen in  
75 binationalen Ehen. Vor Ort entstehen grenzüberschreitende Vereine und Initiativen, wie „Slubfurt“ in  
76 Frankfurt (Oder) und Slubice. Daher wollen wir gerade jetzt die Zusammenarbeit und den Austausch  
77 zwischen brandenburgischen und polnischen Bürger\*innen weiter intensivieren, insbesondere bei den  
78 Städte- und Gemeindepartnerschaften. In diesem Zusammenhang spielt auch die Gemeinschaftsinitiative  
79 der EU „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (INTERREG) für uns Grüne in Brandenburg eine  
80 besondere Rolle. Wir möchten mehr Polnisch-Unterricht an Brandenburger Schulen und die Gründung von  
81 deutsch-polnischen Schulen unterstützen. Auch die Brandenburgisch-Polnische Zusammenarbeit bei Film-  
82 und Serienproduktionen soll stärker gefördert werden, z.B. über das Medienboard Berlin-Brandenburg.  
83 Polen ist unser Nachbar und wir freuen uns auf unsere gemeinsame Zukunft.